

**Richtlinien
zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf den Bürgermeister sowie zur Regelung
von Zuständigkeiten für die Ausschussarbeit und für den Bürgermeister (Zuständigkeitsord-
nung –ZustO-) vom 18.01.2021**

**§ 1
Allgemeine Bestimmungen**

- (1) Die Zuständigkeitsordnung regelt die Befugnisse der Ausschüsse und des Bürgermeisters. Sofern nachfolgend keine Einschränkungen vorgesehen sind, haben die Ausschüsse grundsätzlich für ihren Aufgabenbereich Entscheidungsbefugnis in Angelegenheiten mit finanzieller Auswirkung. Hierzu gehören auch Vergaben, sofern hierfür Haushaltsmittel bereitgestellt und verfügbar sind.
- (2) Der Rat ist für alle Angelegenheiten der Gemeinde Eitorf zuständig, soweit sie nicht nach der Gemeindeordnung, anderen Rechtsvorschriften, dieser Zuständigkeitsordnung oder durch Ratsbeschluss einem Ausschuss oder dem Bürgermeister zugewiesen sind. In Einzelfällen behält sich der Rat das Recht vor, auf Ausschüsse oder den Bürgermeister übertragene Entscheidungen an sich zu ziehen.
- (3) Der Rat kann für Ausschüsse, bei denen eine Mitwirkung beratender Mitglieder kraft sondergesetzlicher Vorschrift nicht ausgeschlossen ist, Mitglieder zur ständigen Beratung in Sachfragen bestellen.
- (4) Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG) bestimmen sich die Beratungs- und Entscheidungszuständigkeiten nach der „Anlage zu § 1 Abs. 4 ZustO“.

**§ 2
Ausschüsse**

- (1) Der Rat bildet folgende Ausschüsse:
 - a) gesetzlich vorgeschriebene Ausschüsse:
 - Hauptausschuss (HA)
 - Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)
 - Betriebsausschuss (Betra)
 - b) freiwillige Ausschüsse:
 - Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz (SOMK)
 - Ausschuss für Bauen und Sportstätten (ABS)
 - Ausschuss für Soziales, Integration, Generationen und Inklusion (SIGI)
 - Ausschuss für Kultur, Sport- und Vereinsleben, Veranstaltungen und Ehrenamt (KSVE)
 - Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing, Digitalisierung und Energiewende (WMDDET)
 - Personalausschuss (PA)
 - Schulausschuss (SchA)

- (2) Soweit Ausschüssen Aufgaben übertragen worden sind, können sie ihre Entscheidungsbefugnisse im Einzelfall oder für einen bestimmten Kreis von Geschäften gemäß § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung auf den Bürgermeister delegieren.

§ 3

Vergabeentscheidungen

1. Der Bürgermeister trifft alle Vergabeentscheidungen nach den einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften bis zu einer Wertgrenze von 10.000 Euro. Sofern die Vergabegrundsätze für Gemeinden nach § 26 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen vorübergehend eine höhere Wertgrenze für Direktaufträge festlegt, ist diese anzuwenden. Der Rat ist über die jeweils geltende Wertgrenze für Direktaufträge zeitnah zu informieren. Im Übrigen ergibt sich die Zuständigkeit für Vergaben aus dieser Zuständigkeitsordnung.
2. Anstelle des für die Vergabeentscheidung zuständigen Ausschusses tritt eine einvernehmliche Entscheidung der vom Rat zu bildenden Vergabekommission. Kommt eine einvernehmliche Entscheidung nicht zustande, entscheidet der jeweilige Ausschuss in seiner nächsten Sitzung. Bis zum dritten Tag nach der Zuleitung der Unterlagen – den Tag der Zuleitung nicht eingerechnet – soll eine Rückmeldung eines Vertreters oder Stellvertreters der Vergabekommission vorliegen.
3. Liegen für ein Projekt der Haushaltsansatz und der konkrete Maßnahmebeschluss des Rates oder zuständigen Ausschusses vor, trifft die Vergabeentscheidung der Bürgermeister, sofern sich die zu treffende Vergabeentscheidung als vergaberechtliche Konsequenz aus dem Vergabeverfahren ergibt.
4. Dem für die Maßnahme zuständigen Fachausschuss sind in regelmäßigen Abständen die erfolgten Vergaben ab einem Auftragswert von 10.000 Euro unter Angabe der Auftragssumme bekannt zu geben. Insbesondere ist hierbei auf Auftragsüberschreitungen und Nachtragsaufträge hinzuweisen.
5. Die angegebenen Wertgrenzen sind Nettobeträge. Dies gilt sinngemäß für alle anderen Wertgrenzen dieser Richtlinien.
6. Die Zuständigkeiten für Vergabeentscheidungen im Bereich der Gemeindewerke ergeben sich aus der jeweils gültigen Betriebsatzung für die Gemeindewerke - Ver- und Entsorgungsbetriebe.

§ 4

Hauptausschuss

- (1) Der Hauptausschuss stimmt die Aufgaben aller Ausschüsse aufeinander ab. Er nimmt die Aufgaben des Finanzausschusses wahr.
- (2) Der Hauptausschuss berät:
 - a) über alle Anträge und Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen, über die der Rat entscheidet. Darüber hinaus kann er alle anderen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde beraten und Empfehlungen aussprechen,

- b) über das Ortsrecht mit Ausnahme der Satzungen bei der Bauleitplanung einschließlich Veränderungssperren,
 - c) über alle Angelegenheiten der Liegenschaftsverwaltung von besonderer Bedeutung, soweit es sich nicht um Aufgaben der Gemeindewerke handelt,
 - d) über alle Angelegenheiten, die nicht einem Fachausschuss zugewiesen sind.
- (3) Der Hauptausschuss entscheidet,
- a) über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung,
 - b) über alle persönlichen Angelegenheiten des Bürgermeisters, die nach der Gemeindeordnung und anderen Rechtsvorschriften nicht dem Rat vorbehalten sind,
 - c) über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern, dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften mit Vertragssummen von mehr als 2.500,00 € bis 5.000,00 €.
 - d) über den Erwerb, den Tausch, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken, soweit eine Wertgrenze von 5.000,00 € einschließlich etwaiger Entschädigungen überschritten wird und sofern nicht der Bauausschuss zuständig ist. Die Notar- und Vermesungskosten bleiben bei der Wertgrenze außer Ansatz.
 - e) über die Vermietung und Verpachtung gemeindlichen Grundbesitzes und die Anmietung und Anpachtung fremden Grundbesitzes, sofern der monatliche Miet- oder Pachtwert den Betrag von 1.000,00 € übersteigt (die Regelung gilt nicht für die Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge bzw. Asylbewerber),
 - f) über die Grundsätze der Inanspruchnahme von Schulgebäuden und Schulgrundstücken für außerschulische Zwecke,
 - g) über die Grundsätze für die Planung, die Einrichtung, den Ausbau und die Renovierung von allen Einrichtungen des Kulturlebens, der Freizeitgestaltung und des Sports,
 - h) über die Benennung von Straßen und sonstiger kommunaler Einrichtungen,
 - i) über die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden, Organisationen oder ähnlichen Einrichtungen
 - j) über die Gewährung freiwilliger Leistungen an Personen oder Personengruppen über 500,00 € und soweit nicht ein anderer Ausschuss zuständig ist,
 - k) über die Stundung von Geldforderungen, soweit sie im Einzelfall 25.000,00 € überschreiten und wenn die Stundung länger als drei Jahre dauert,
 - l) über die Niederschlagung von Geldforderungen, soweit sie im Einzelfall 5.000,00 € überschreiten,
 - m) über den Erlass von Geldforderungen, soweit sie im Einzelfall 2.500,00 € überschreiten,
 - n) über die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Vergünstigungen an bestimmte Personenkreise, insbesondere zur Nutzung kultureller, sportlicher und sozialer Veranstaltungen der Gemeinde nach Beratung in den Fachausschüssen,
 - o) über alle Angelegenheiten im Vergabe- und Verdingungswesen gem. § 3, soweit nicht ein anderer Ausschuss oder der Bürgermeister zuständig sind, sowie den Verzicht auf Sicherheitsleistungen bei Auftragsüberschreitungen.
- (4) In Personalangelegenheiten entscheidet der Hauptausschuss gemäß § 17 Abs. 2 der Hauptsatzung.
- (5) Im Übrigen entscheidet der Hauptausschuss über alle sonstigen Angelegenheiten, die nicht nach dieser Zuständigkeitsordnung einem Ausschuss oder dem Bürgermeister zur Entscheidung übertragen oder nach der Gemeindeordnung, anderen Rechtsvorschriften oder durch Ratsbeschluss dem Rat vorbehalten sind.

- (6) Der Hauptausschuss nimmt gemäß § 7 Abs. 4 der Hauptsatzung die Aufgaben des Beschwerdeausschusses wahr.
- (7) Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses und der Betriebsleitung nach der jeweils gültigen Betriebssatzung für die Gemeindewerke – Ver- und Entsorgungsbetriebe - bleiben unberührt.

§ 5

Rechnungsprüfungsausschuss

- (1) Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die ihm durch die Gemeindeordnung zugewiesenen Aufgaben wahr.
- (2) Der Ausschuss hat dem Rat über das Ergebnis der Prüfung in einem Schlussbericht zu berichten.

§ 6

Schulausschuss

- (1) Der Schulausschuss berät über Angelegenheiten der gemeindlichen Schulen, soweit sie in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen.
- (2) Er entscheidet über die Vergabe von Lehr- und Unterrichtsmitteln gem. § 3 mit Ausnahme von Vergaben, die unabhängig von der angegebenen Wertgrenze als Geschäft der laufenden Verwaltung anzusehen sind. Hierzu gehören insbesondere die Fortführung bzw. der Neuabschluss von Verträgen im Rahmen der Schülerbeförderung und die Schulbuchbeschaffung, sofern sich weder die Rahmenbedingungen noch die Beschlusslage geändert haben.

§ 7

Betriebsausschuss

Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses ergeben sich aus der jeweils gültigen Betriebssatzung für die Gemeindewerke Eitorf – Ver- und Entsorgungsbetriebe.

§ 8

Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz

- (1) Dem Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz obliegt die Vorbereitung aller die Planungshoheit der Gemeinde betreffenden Entscheidungen und aller Planungen und Maßnahmen mit grundsätzlicher Bedeutung für Umweltbedingungen und Klimaschutz sowie Mobilität und Verkehr in der Gemeinde nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen und soweit nicht ein anderer Ausschuss zuständig ist.
- (2) Der Ausschuss berät

- a) alle die Planungshoheit der Gemeinde betreffenden Planungen, insbesondere den Flächennutzungsplan sowie alle Maßnahmen der Bereiche Stadtplanung, Ortsentwicklung und Dorferneuerung und über die allgemeinen Angelegenheiten des Städtebaus sowie der Verkehrsnetzplanung
- b) die Grundzüge der gemeindlichen Verkehrsplanung, auch unter Einbeziehung des ÖPNV (Generalverkehrsplanung, Netzplanung, Gesamtkonzepte), auch wenn sie von einem anderen Träger (z.B. Land, Kreis, Verbände) getragen werden.
- c) den Erlass aller Satzungen nach Baugesetzbuch und damit zusammenhängender Maßnahmen und Entscheidungen, insbesondere über
 - die Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen,
 - die Durchführung städtebaulicher Entwicklungs-, Sanierungs- und Dorfentwicklungsmaßnahmen,
 - Satzungen zur Ausübung des Vorkaufsrechtes,
 - Satzungen gem. § 34 Baugesetzbuch einschließlich
 - Erlass von Veränderungssperren,
 - Durchführung vorbereitender Untersuchungen bei Sanierungs- und Dorfentwicklungsmaßnahmen,
 - Abschluss von Verträgen mit Sanierungs-, Bau- und Entwicklungsträgern,
 - die konkrete Ausübung des Vorkaufsrechtes, wenn Kaufpreis und Entschädigung zusammen den Betrag von 10.000 € überschreiten,
 - die Einleitung von Enteignungen
 - Entschädigungen nach BauGB, wenn ein Betrag von 7.500 € überschritten wird,
 - die Erhebung von Ausgleichsbeträgen,
- d) die Grundsätze, Leit- und Rahmenrichtlinien zum Klimaschutz sowie zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit des Naturhaushalts, namentlich zum Schutze der Tier- und Pflanzenwelt, zur Luft-, Boden- und Wasserreinhaltung und zur Lärmbekämpfung,
- e) die gemeindlichen Stellungnahmen zu Maßnahmen und Plänen anderer Träger aus den Bereichen Abfallbeseitigung, Natur- und Landschaftsschutz und ähnlichem, so weit das Gebiet der Gemeinde betroffen ist,
- f) Maßnahmen der Gemeinde oder anderer Träger, die in Natur- und Landschaftsschutzgebiete eingreifen, sofern diese nicht schon im Rahmen von Planungsmaßnahmen berücksichtigt sind,
- g) Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft.

(3) Der Ausschuss entscheidet über

- a) Stellungnahmen der Gemeinde zu überörtlichen Planungen und Fachplanungen im gesamten Gemeindegebiet,
- b) die Erteilung des Einvernehmens im Sinne der §§ 14 Abs. 2 und 31 Abs. 2 BauGB, soweit nicht der Bürgermeister zuständig ist,
- c) die Erteilung des Einvernehmens im Sinne der §§ 34 und 35 in Verbindung mit § 36 BauGB einschließlich der Stellungnahme zu Widersprüchen in Fällen grundsätzlicher Bedeutung,
- d) Abweichungsanträge gem. § 69 (3) BauO NRW in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung
- e) die Zustimmung im Sinne des § 32 BauGB, sofern die Gemeinde Bedarfs- und Erschließungsträger ist,

- f) alle vorbereitenden und satzungs- oder planbegleitenden Beschlüsse auf der Grundlage des Baugesetzbuches. Abschließende Beschlüsse im Flächennutzungsplanverfahren und Satzungsbeschlüsse einschließlich abschließender Abwägungsentscheidungen gehören in diesem Sinne nicht zu vorbereitenden Beschlüssen.
 - g) alle Maßnahmen, die das Bewusstsein des Bürgers in Fragen des Umweltschutzes fördern,
 - h) die Zuwendung von Haushaltsmitteln zur Förderung des Umweltschutzes ab 250,00 €,
 - i) die Beauftragung von Architekten und Sonderfachleuten in allen vorstehenden Angelegenheiten gem. § 3
 - j) die Erstellung von Mobilitätskonzepten für das Gemeindegebiet
 - k) Maßnahmen der Verkehrsregelung- und einrichtungen und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einschließlich diesbezüglicher Einrichtungen und Anlagen, sofern sie nicht Angelegenheiten von gesamtplanerischer Bedeutung im Sinne von Abs. 2, Buchst. b) betreffen. Ist eine Anordnung oder Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde erforderlich, gelten Entscheidungen zur Verkehrsregelung nur dann, wenn und soweit diese vorliegen.
- (4) Der Bürgermeister hat den Ausschuss in den Fällen nach Abs. 2 c) Spiegelstriche 8, 10 und 11 und Abs. 3a) und b) über jeden Fall in der jeweils nächsten Sitzung zu informieren.
- (5) Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses und der Betriebsleitung nach der jeweils gültigen Betriebsatzung für die Gemeindewerke Ver- und Entsorgungsbetriebe bleiben unberührt.

§ 9

Ausschuss für Bauen und Sportstätten

- (1) Der Ausschuss für Bauen und Sportstätten berät alle Einzelplanungen auf dem Gebiet des gemeindlichen Hoch – und Tiefbaus, dies gilt insbesondere auch für
- gemeindliche Sportstätten
 - Grün- und Friedhofsanlagen und
 - Maßnahmen an Gewässern,
- soweit nicht der Betriebsausschuss oder der Bürgermeister zuständig sind,
- (2) Er entscheidet über
- a) alle Einzelmaßnahmen auf dem Gebiet nach Abs. 1 a) mit einer voraussichtlichen Bau- summe von mehr als 10.000 bis zu 125.000 € einschließlich der technischen Ausbaumerkmale,
 - b) die Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen im Hoch- und Tiefbau mit einer voraussichtlichen Summe von mehr als 10.000 € im Einzelfall,
 - c) die in Planung zu nehmenden Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, so weit nicht der Bürgermeister zuständig ist,
 - d) die Festlegung des Ausbauplans und der bautechnischen Ausbaumerkmale bei gemeindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen,
 - e) die grundsätzlichen Angelegenheiten der Straßenreinigung,
 - f) den Erwerb, den Tausch und die Veräußerung von Grundstücken im Rahmen von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen bei einem Wert von mehr als 5.000 € bis zu 50.000 € einschließlich etwaiger Entschädigungen. Die Notar-, Gerichts- und Vermessungskosten bleiben

bei der Ermittlung des Wertes außer Betracht. Die Zuständigkeit des Hauptausschusses bleibt unberührt.

- g) die Förderung von Denkmälern aus Pauschalzuweisungen des Landes oder aus Haushaltsmitteln der Gemeinde nach § 35 DSchG, soweit die Fördermittel im Einzelfall 2.500,00 € überschreiten. Im Übrigen ist der Bürgermeister im Rahmen der Richtlinien und verfügbarer Haushaltsmittel zuständig; der Ausschuss ist anschließend über die erteilten Bewilligungen zu informieren.
 - h) Erlaubnisse nach § 9 Abs. 1 und 2 DSchG sowie die Erteilung des Einvernehmens im Falle des § 9 Abs. 3 DSchG, wenn es sich um Fälle von grundsätzlicher Bedeutung handelt,
 - i) die Beauftragung von Architekten, Bauleitern und Sonderfachleuten in allen vorstehenden Angelegenheiten gem.§ 3
 - l) die Widmung, Einziehung und Teileinziehung von Straßen und Wegen im Sinne der §§ 6 und 7 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen
- (3) Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses und der Betriebsleitung nach der jeweils gültigen Betriebssatzung für die Gemeindewerke - Ver- und Entsorgungsbetriebe - bleiben unberührt.

§ 10

Ausschuss für Soziales, Integration, Generationen und Inklusion

- (1) Der Ausschuss für Soziales, Integration, Generationen und Inklusion berät über die Belange der Generationen (Jugend, Familie, Senioren), der Integration und der Inklusion sowie über freiwillige Maßnahmen der Gemeinde im sozialen Bereich. Zum sozialen Bereich gehören auch Belange von Menschen mit Behinderung.
- (2) Er entscheidet über
 - a) die Grundsätze zur Förderung und Durchführung von Maßnahmen im Bereich der Generationen (Jugend, Familie, Senioren), der Integration und der Inklusion (freiwilliger Bereich)
 - b) die Grundsätze für die Planung, die Errichtung, den Aus- und Umbau und die Renovierung von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallen.

§ 11

Ausschuss für Kultur, Sport- und Vereinsleben, Veranstaltungen und Ehrenamt

- (1) Der Ausschuss für Kultur, Sport- und Vereinsleben, Veranstaltungen und Ehrenamt berät über
 - a) Maßnahmen zur Kultur – und Sportförderung, der Erwachsenenbildung und Freizeitgestaltung, insbesondere über die Durchführung kommunaler Veranstaltungen,
 - b) die Bildung und Besetzung einer Kulturkommission
 - c) die allgemeine Sportpflege, Sportförderung, Mitwirkung bei Veranstaltungen des Gemeindefortsportbundes und Maßnahmen zur Förderung des Sports bei nicht vereinsgebundenen Einwohnern,
 - d) die Grundlagen für die Planung, die Einrichtung, den Ausbau und die Renovierung aller Einrichtungen des Kulturlebens, der Freizeitgestaltung und des Sports.

- e) über die Benutzungsordnung für die kommunalen Sportstätten und die Einrichtungen des Kulturlebens,
- f) über die Höhe des Standgeldes, den Erlass von Marktordnungen und ordnungsbehördlichen Verordnungen aus Anlass von Märkten und Volksfesten
- g) Angelegenheiten des Ehrenamtes, insbesondere Angelegenheiten nach der Ehrensatzung der Gemeinde Eitorf

(2) Er entscheidet über

- a) Den mit der Kulturkommission regelmäßig abgestimmten Rahmen für kulturelle Veranstaltungen der Gemeinde
- b) kulturelle Veranstaltungen der Gemeinde, soweit die Ausgaben für die Gemeinde im Einzelfall den Betrag von 3.000 Euro übersteigen
- c) die Richtlinien für die Verteilung der Haushaltsmittel zur Förderung der Kultur und der Heimatpflege sowie die Verteilung der Mittel ab 1.000 € im Einzelfall,
- d) über die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Städtepartnerschaften ab 1.000 €
- e) über den Erwerb von Kunstgegenständen, Museumsgut und Archivalien sowie die Beschaffung von Sportgeräten im Einzelfall gem. § 3
- f) die Benutzung der kommunalen Sportanlagen einschließlich des Hermann-Weber-Bades bzw. über Anträge auf Änderung von bestehenden Belegungsplänen, wenn und soweit eine Einigung zwischen dem Gemeindepportbund und den beteiligten Vereinen nach Vermittlung durch den Bürgermeister nicht zustande kommt,
- g) über die Grundsätze der Förderung des Sports,
- h) die räumliche Abgrenzung von Märkten und Volksfesten,
- i) die Terminierung und Öffnungszeiten vom Märkten und Volksfesten
- j) die Vergabe von Standplätzen auf Märkten und Volksfesten

§ 12

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing, Digitalisierung und Energiewende

- (1) Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing, Digitalisierung und Energiewende berät
- über energiewirtschaftliche Projekte und energiepolitische Maßnahmen und begleitet deren Umsetzung
 - über alle Fragen der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings, die Förderung des Fremdenverkehrs sowie Fragen des Einzelhandels
 - in Angelegenheiten der Beschäftigungsförderung
- (2) Er entscheidet, soweit nicht ein anderer Ausschuss, der Rat oder der Bürgermeister für die Entscheidung zuständig ist, über
- a) grundsätzliche oder konzeptionelle Angelegenheiten und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, also Maßnahmen zur Unterstützung
 - der Schaffung neuer und Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze und
 - zur Ansiedlung neuer Behörden, freiberuflicher Dienstleister, Gewerbe- und Industriebetriebe,
 - b) die Tourismusförderung, soweit nicht der Touristik-Service Eitorf e.V. satzungsgemäß zuständig ist,

- c) die von der Gemeinde betriebenen Standortwerbung und des gemeindlichen Stadtmarketings
- d) die Nutzung regenerativer Energien im Gemeindegebiet bzw. sonstiger Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende
- e) konzeptionelle Angelegenheiten der Digitalisierung (insbesondere Aufstellung und Fortschreibung des Digitalisierungskonzeptes) und die hieraus resultierenden Maßnahmen.

§ 13 Personalausschuss

Der Personalausschuss berät über alle Personalangelegenheiten, die dem Rat oder dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorbehalten sind, soweit nicht der Betriebsausschuss zuständig ist.

§ 14 Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeister führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Geschäfte der laufenden Verwaltung sind solche, die entweder bis zu in dieser Zuständigkeitsordnung festgelegten Wertgrenzen anfallen, im Verwaltungsablauf ohne wesentliche Veränderung regelmäßig wiederkehren oder die nicht von erheblicher wirtschaftlicher oder grundsätzlicher Bedeutung sind. In Zweifelsfällen entscheidet der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen, welche Angelegenheiten nach § 41 Abs. 3 GO in seine Zuständigkeit fallen.
- (2) Der Bürgermeister entscheidet im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu den vorstehenden Wertgrenzen über Auftragsvergaben sowie über die sonstigen Angelegenheiten, die nicht dem Rat oder einem Fachausschuss nach dieser Hauptsatzung oder durch Ratsbeschluss zugewiesen sind.
- (3) Er entscheidet weiterhin über
 - a) die Aufnahme von Krediten;
 - b) die Vergabe aller Lieferungen und Leistungen im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung der gemeindlichen Einrichtungen und für laufend notwendige Betriebsmittel;
 - c) den Abschluss von Miet- oder Leasingverträgen, über Arbeitsmittel und dergl., die zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Betriebsablaufs erforderlich sind;
 - d) die Ausübung des Vorkaufsrechtes;
 - e) die Antragstellung gemäß § 15 BauGB (Zurückstellung von Baugesuchen);
 - f) die Erteilung des Einvernehmens gemäß § 31 Abs. 2 BauGB (Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes), außer in Fällen grundsätzlicher Bedeutung;
 - g) die Erteilung des Einvernehmens nach § 31 Abs. 1 BauGB (Ausnahmen, die der Bebauungsplan vorsieht);
 - h) die Erteilung des Einvernehmens nach §§ 34 und 35 BauGB, außer in Fällen grundsätzlicher Bedeutung;
 - i) Abweichungsanträge gemäß § 69 (3) BauO NRW, außer in Fällen grundsätzlicher Bedeutung
 - j) die Erteilung des Einvernehmens gemäß § 14 Abs. 2 BauGB, wenn der der Veränderungssperre zugrunde liegende Anlass nicht berührt wird;

- k) die Erteilung des Einvernehmens nach § 33 BauGB (Vorhaben während der Planaufstellung);
- (4) Die Zuständigkeiten des Bürgermeisters für die Belange der Gemeindewerke ergeben sich aus der jeweiligen Betriebssatzung Gemeindewerke Ver- und Entsorgungsbetriebe der Gemeinde Eitorf.

§ 15 Inkrafttreten

Die Zuständigkeitsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung in Kraft.

Anlage zu § 1 Abs. 4 ZustO

Anlage zu § 1 Abs. 4 ZustO Nr.	Gegenstand	Beratung	Entscheidung
1	§ 3 DSchG Eintragung in die Denkmalliste	ABS	RAT
2	§ 4 DSchG Vorläufige Unterschutzstellung	./.	BM + K im ABS
3	§ 5 DSchG Unterschutzstellung von Denkmalbereichen	ABS	RAT
4	§ 6 DSchG Verfahren bei Unterschutzstellung von Denkmalschutzbereichen in einem Bebauungsplan	ASOMK	RAT
5	§ 11 DSchG Schutz der Bodendenkmäler (Sicherung bei Bauleitplanung)	ASOMK	RAT
6	§ 23 Abs. 2 DSchG Bildung eines Beirats zur Denkmalpflege	Die Aufgabe „Beirat“ wird durch den ABS wahrgenommen. Dieser kann für Tagesordnungspunkte zur Denkmalpflege sachverständige Bürger benennen oder hinzuziehen.	
7	§ 24 Abs. DSchG Bestimmung ehrenamtlicher Beauftragter für die Denkmalpflege	ABS	RAT
8	§ 25 DSchG Aufstellung eines Denkmalpflegeplans	ABS	RAT
9	§ 30 DSchG Enteignung	ABS	RAT
10	§ 31 DSchG Übernahme von Denkmälern bei erwiesener Unwirtschaftlichkeit	ABS	RAT
11	§ 33 DSchG Entschädigung	ABS	RAT